Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Expedition: Gerbergasse 1. Geschäftszeit v. 8 Uhr Morgens b. 8 Uhr Abends.

Redaktion: Gerbergasse 1. Sprechzeit nur von 12—1 Uhr Mittags.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" erscheint wöchentlich sechsmal; Sonnabends mit dem Beiblatte „Nach der Arbeit". Preis monatlich 60 Pf., Bringerlohn 20 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2 M. 50 Pf.

Nr. 133. | Anzeigen die 4gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pf. | Dresden, Freitag den 12. Juni | Auf Anzeigen gewähren bei mindestens 6maliger Wiederholung Rabatt. | 1891.

Kapitalisten-Moral.

I. Wie der Staat betrogen wird.

♂ Eine „Säule der Ordnung" steht gegenwärtig vor den Schranken des Bochumer Gerichtes in einem Skandalprozeß, dessen Einzelheiten uns ein Spiegelbild unserer bis in's Mark verfaulten Gesellschaft liefern. Herr Kommerzienrath Baare ist zwar Kläger in dem Prozeß — die verfolgte Unschuld, aber der Gang des Prozesses hat ihn auf die Armensünderbank des öffentlichen Hauses gespannt und hält ihn mit unlöslichen Klammern fest.

Herr Kommerzienrath Baare ist Generaldirektor des Bochumer Gußstahlvereins, Ehrenbürger von Bochum, Präsident der Handelskammer, Mitglied des Staatsrathes, Haupt des Schienenkartells, nationalliberaler Hauptmacher, Schutzzöllner per excellence und war unter Bismarck und dem alten Regiment einer der Vertrauensmänner der Krone — kurz, er zählt zur Blüthe der Nation.

Die Leser kennen bereits im Allgemeinen die letzte sensationelle Wendung des Prozesses. Unmittelbar nachdem Herr Baare mit allen Tartüffe-Kniffen des Biedermanns durch rhetorische Floskeln den schlechten Eindruck zu verwischen gesucht hatte, daß er — der Ehrenbürger der Stadt — Stadt und Staat seit Jahren um Tausende durch zu niedrige Steuereinschätzung bewußt geschädigt und in tönendem Selbstlobe sich gerühmt hatte, wie er durch seine unermüdliche Aufopferung, Hingebung und Uneigennützigkeit die Bochumer Werke auf ihre jetzige Höhe gehoben habe — unmittelbar nach diesem Theater-Effekt erhob sich der Vertheidiger des Angeklagten, Fusangel, und stellte an den Ehrenbürger der Stadt Bochum, an den Vertrauensmann der Krone und an das Mitglied des Staatsraths die Frage, ob es wahr sei, daß in seinen Werken und mit seinem Wissen seit 16 Jahren die Stempel gefälscht seien, die von dem bei der Schienen- und Lokomotivachsen-Lieferung thätigen amtlichen Revisor auf den brauchbaren bez. unbrauchbaren Schienen und Lokomotivachsen angebracht worden seien.

Diese einfache Frage schlug wie eine Bombe ein; Herr Baare bestritt natürlich diese Behauptung, er, der soeben von seiner Unermüdlichkeit und Aufopferung für das Werk gesprochen, erklärte plötzlich, um die Einzelheiten kümmere er sich nicht, er komme oft wochen- und monatelang gar nicht auf das Werk, im Uebrigen liefen „geflickte" Schienen wohl auf allen Werken gelegentlich mit. Diese Ausrede klang nun freilich sehr unsicher. Und als dann der Vertheidiger jene Frage in die positive Anschuldigung des Betruges umkleidete und sogar die Zahl der gefälschten Stempel und den Namen des Stempelschneiders angab, da erhob sich der Anwalt des Baare und zog den Strafantrag wegen der Anschuldigungen, zu deren Beweis dieser Vorwurf der Fälschung gestellt wurde, plötzlich zurück, um angeblich die weniger wichtige Frage der Steuerhinterziehung nicht verschleppen zu lassen.

Der Eindruck dieser Szene war so gewaltig, daß am gleichen Abend an der Börse die Aktien des Bochumer Gußstahlwerkes um 12 Prozent fielen — ein Zeichen, in wie weiten Kreisen diese Anschuldigungen sofort geglaubt wurden. Und man erinnerte sich plötzlich der Thatsache, daß Herr Baare nur nothgedrungen Klage gegen die wider ihn erhobenen Anschuldigungen gestellt hatte, nachdem seine Schritte bei der Regierung, daß diese den Prozeß auf dem Wege des Verwaltungsverfahrens gegen die Steuer-Einschätzungsbehörde zum Austrage bringe, gescheitert waren.

Warum wohl die Börse für die Fusangel'sche Anschuldigung sofort ein so feines Gehör zur Schau trug?

Wir wollen das an einem kleinen Beispiel zeigen, das vor wenigen Jahren ganz ähnlich sich abspielte, und die Nutzanwendung auf Herrn Baare später ziehen, umsomehr als d. „gutgesinnte" Presse bereits ihre erste sittliche Entrüstung unter der ängstlichen Fürsorge für die deutsche Geschäftsehre zu begraben sucht, und sogar die feudale Kreuzzeitung ihrem ehrlichen Hasse gegen die nationalliberalen rheinischen Schlotjunker Zügel auferlegt.

Es war am 26. Mai 1886, da entdeckte der nach dem Georgsmarienbergwerksverein zu Osnabrück entsandte Regierungsbauführer Hemletzki, der die für die Staatseisenbahnen zu liefernden Schienen dort zu untersuchen hatte, daß man ihm eine schon Tags vorher als unbrauchbar zurückgewiesene Schiene abermals vorgelegt hatte, nachdem der von ihm angebrachte Verwerfungsstempel während der Nacht abgefeilt worden war. Eine sofortige Recherche ergab, daß bei 47 Schienen der Verwerfungsstempel entfernt und ca. 24 Proz. aller angeblich geprüfter Schienen mit einem gefälschten Stempel versehen waren. Die Fälschungen gingen so vor sich: Bei den als brauchbar gestempelten Schienen wurde der Stempel abgefeilt, die Schienen mit Salzsäure übergossen und am anderen Morgen dem Visitator als neue Schienen abermals vorgelegt. Die als schlecht gestempelten Schienen wurden nach Abfeilung des schlechten Stempels mit dem sogenannten guten Stempel versehen, etwa vorhandene Risse mit Kitt ausgeschmiert, mit Graphit überstrichen und die ganzen Schienen mit verdünnter Salzsäure übergossen, so daß ein schwacher künstlicher Rost entstand. Diese Schienen wurden dann an Stelle der vom Visitator als tauglich bezeichneten bei Seite gelegt.

Alle diese Manipulationen geschahen in Nachtschichten. Der Graveur, allgemein auf dem Werke nur „Stempelfritze" genannt, erhielt pro gefälschten Stempel 4 Mark und arbeitete in einer Bude, auf der geschrieben stand: „Für Arbeiter verboten." Ferner wurde auch an dem Dampfhammer, der die Schienen auf ihre Tragfähigkeit ꝛc. zu prüfen hatte, statt der vorschriftsmäßigen Fundamentirung eine Gummiunterlage angebracht, was natürlich die Wirkung des Dampfhammers abschwächte, so daß auch die schwächeren Schienen die Proben bestanden.

Gleichzeitig mit dieser Entdeckung hatte auch ein Arbeiter diese Schwindeleien und Betrügereien, die seit zwanzig Jahren geübt worden waren, einem Advokaten mitgetheilt, der sofort dem Eisenbahnminister Maybach Kenntniß gab. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet. Dieselbe wurde dem Regierungsrath Seydel in Hannover übertragen. Nach welcher Richtung hin sie sich erstreckte und wo die Schuldigen damals gesucht wurden, darüber giebt dieser Bericht vom 29. Juli 1887 an Minister Maybach die beste Auskunft. Derselbe verdient der Vergessenheit entrissen zu werden; er lautet:

„Die vom Rechtsanwalt Kuhlenbeck erstattete Anzeige gründete sich hiernach allerdings nur auf die Denunziation zweier Stahlwerks-Arbeiter, welche Grund zur Unzufriedenheit mit ihren Arbeitgebern zu haben vermeinen und deshalb auf die Gefahr hin, selbst zur Bestrafung gezogen zu werden, so zu sagen aus der Schule geplaudert haben. Ob die Angaben dieser Leute in allen Punkten Glauben verdienen, wird zunächst dahingestellt werden müssen. Daß sie aber in der Hauptsache richtig sind, dürfte im Hinblick auf die unbestreitbare Thatsache des Vorhandenseins einer großen Anzahl von falschen Stempeln füglich nicht in Zweifel gezogen werden können. Es wird demgemäß als feststehend angenommen werden dürfen, daß hier eine anscheinend schon seit Jahren im großartigen Style betriebene Betrügerei vorliegt. Die weitere Frage ist, wem dieselbe zur Last fällt. Die Richtigkeit der Aussagen der beiden Arbeiter vorausgesetzt, so würden in erster Linie eine Anzahl von Beamten des Stahlwerks (Ingenieure), von denen der in den vorliegenden Verhandlungen mehrerwähnte Direktor Boos gegenwärtig der technische Leiter des Stahlwerkes ist, als die Schuldigen anzusehen sein. Bei dem Umfange, in welchem das Schwindelgeschäft augenscheinlich betrieben worden ist, läßt sich in der That auch kaum etwas Anderes annehmen, als daß jene Beamte wirklich die Seele desselben gewesen sind. Ob nun aber weitergehend, wie die beiden Arbeiter allerdings gelegentlich behaupten, auch die als Direktoren der Gesellschaft an der Spitze des Stahlwerks bezw. des jetzt mit demselben vereinigten Georgmarienhütte-Bergwerks-Vereins stehenden Persönlichkeiten von den Betrügereien Kenntniß gehabt, dieselben ausdrücklich oder stillschweigend geduldet und sich somit zu Mitschuldigen daran gemacht haben, dafür dürfte es vorerst noch an genügendem Beweismaterial fehlen und wage ich deshalb ein Urtheil hierüber meinerseits nicht zu äußern.

„Für die weitere Behandlung der Angelegenheit bieten sich meines unmaßgebenden Dafürhaltens zwei Wege.

Einmal könnte die Sache so, wie sie liegt, der Staatsanwaltschaft überantwortet und es dabei dem Ermessen derselben überlassen werden, geeigneten Falls vor Einleitung eines Verfahren durch einen zuverlässigen Kriminal-Kommissar weitere Beweise, insbesondere auch für eine etwaige Mitschuld der leitenden Persönlichkeiten, zu sammeln. Ein derartiges Vorgehen, wie es im Wesentlichen von dem Rechtsanwalt Kuhlenbeck vorgeschlagen wird, könnte indessen unter Umständen die schwerwiegensten Folgen haben. Denn wenn auf diesem Wege die Sache aufs Aeußerste getrieben und gegen das Stahlwerk als solches mit allen Mitteln der Strafverfolgung vorgegangen wird, so dürfte es nicht außerhalb der Wahrscheinlichkeit liegen, daß dies den geschäftlichen Zusammenbruch des Stahlwerks, bezw. des G.-M.-H.-B.-Vereins, also eines der größten, mit der ganzen Welt in Geschäftsverbindung stehenden industriellen Etablissement, nach sich zieht. Wenn man die Wirkung eines solchen Ereignisses in ihrer ganzen Tragweite, namentlich auch die schweren Folgen, die sich daraus nothwendigerweise für eine nach Tausenden zählende Arbeiterbevölkerung ergeben, in Betracht zieht, so dürfte es sich fragen, ob nicht doch gewisse politische Rücksichten es empfehlenswerth erscheinen lassen, von einem unmittelbaren Einschreiten im Strafverfahren abzusehen.

„Sollten Ew. Excellenz dieser Auffassung Raum zu geben geneigt sein, so würde es sich vielleicht als ein anderer Weg zum Austrage der Sache empfehlen, mit den Direktoren des Bergwerksvereins den Herren Haarmann und Hoelke, selbst mich in persönliche Verbindung zu setzen, denselben das vorliegende Beweismaterial vollständig zu unterbreiten und sie nachdrücklichst zu veranlassen, nunmehr ihrerseits ohne Verzug gegen ihre hiernach belasteten Beamten und Arbeiter das Strafverfahren zu beantragen ꝛc."

Und was sagte der Herr Minister Maybach zu diesem Musterberichte des Regierungsrathes Seydel, der so große Fürsorge für das Stahlwerk verrieth, zu dessen Vortheil der Staat seit 20 Jahren betrogen wurde, daß er diese Direktoren, deren einen, Boos, er selber als den Schuldigen ansieht, nachdrücklichst veranlaßt haben will, ihrerseits gegen die Beamten und Arbeiter das Strafverfahren zu beantragen? Theilte auch der Herr Minister diese glückliche Fürsorge für die vaterländische Industrie im Interesse der Arbeiterbevölkerung, gepaart mit strengem Gerechtigkeitsgefühl gegen die schuldigen Betrüger?

Herr Maybach ließ das Beweismaterial dem Staatsanwalt zu Osnabrück zur Kenntnißnahme und Entschließung unterbreiten, und damit auch dieser die Untersuchung mit der nöthigen Gewissenhaftigkeit und Rücksicht auf die Arbeiterbevölkerung führe, hieß es am Schluß der ministeriellen Mittheilung:

„Die mögliche bedenkliche Tragweite der Sache für die betreffende Arbeiterbevölkerung wird, wie ich annehme, demselben nicht entgehen!

Und sie entging ihm auch wirklich nicht, wie wir im nächsten Artikel sehen werden.

Feuilleton.

17. Fortsetzung.] [Nachdruck verb.

Im Kampfe um den Boden.

Dorferzählung von Gewer-Maciejowski.

Mit Erlaubniß des Autors nach dem Polnischen bearbeitet von C. Kanemann.

Hanna fuhr ungeduldig auf. Die Arme auf die Brust verschränkend, stellte sie sich vor die Gevatterin und schaute diese fest an.

„Ich bin schon satt der Buhlerei und des Kokettirens mit den Reichen!" sprudelte es von ihren Lippen. „Jedem krüppelhaften Tölpel, der Euch in den Kopf gefahren war, mußte ich auf Euer Gebot nachlaufen und meine Liebe aufdrängen, nur weil er ein paar Joch väterliches Erbgut hatte. Obendrein waren es lauter Schurken, einer miserabler wie der andere, das Kraut wollten sie nur aus dem Topfe naschen, um dann den Topf von sich zu werfen. Schande und Schmach, ja, das einzige ward mir davon zu Theil und lieber will ich zu Grunde gehen, als die verhaßte Buhlerei weiter treiben. In meiner Hütte werd' ich meine eigene Herrin und wehe dem, der mir dann nahe kommt," drohte sie der Gevatterin mit der Hand. „Anton ist arm, aber er ist der hübscheste Junge im Dorfe. So Manche, die fünf Joch Boden besitzt, wird mich um ihn beneiden."

Sie eilte auf den Burschen zu und schlang ihre Arme um seinen Hals.

„Dummes, unerfahrenes Ding!" grollte die Gevatterin, vorwurfsvoll mit dem Kopfe schüttelnd. „Mit leeren Fingern willst Du etwas ausrichten!"

„Mit zwanzig Fingern!" verbesserte Hanna, „das kann schon etwas bedeuten."

„Sage mir Ernst, wie gedenkt Ihr Euch die Zukunft zu gründen?"

„Sonnabend wollen wir zum Pfarrer, damit er uns den Segen giebt, und in drei Wochen feiern wir die Hochzeit. Euch, liebe Gevatterin, bitten wir zur Starostin. Werdet aus Herzenslust tanzen können."

„Laß' den Unsinn und sprich im Ernste."

„Morgen müssen unsere Röcke gewaschen werden."

„Hast Du auch Seife und Stärke?"

Das Mädchen eilte in die Kammer und holte acht Silberguldenstücke.

„Wird das ausreichen?"

Sie legte die funkelnden, blanken Münzen auf dem Tisch auseinander, steckte dann vier in die Tasche und gab die vier anderen dem Anton.

„Anton, nicht wahr, wir wollen den Hochzeitsschmaus nur einen Tag feiern? Wozu den Leuten die Mäuler stopfen?"

Die Sparsamkeit wollte der Gevatterin nicht ansprechen; sie verbiß jedoch ihren Aerger. Die Enttäuschung bedrückte ihr Herz, die Betrübniß, welche allmälig sich ihrer bemächtigte, machte sie nüchtern. Da waren ja mit einem Male all' ihre Träume über die glänzende Karriere ihrer Pflegetochter und das vergnügliche Alter bei einer vollen Schüssel verraucht und zerronnen.

„Wenn Armuth mit Armuth sich paart," stammelte sie.

„Wird die Armuth leichter zu ertragen sein," ergänzte Hanna.

„Nein, dann bricht das Elend herein," versetzte die Gevatterin.

„Laßt doch einmal diese Klagen, Gevatterin," unterbrach Anton ungeduldig. „Sie können ja zu nichts mehr führen. Ihr habt auch nicht im Wohlstande gelebt, und doch vermied das Elend Eure Hütte."

„Weil ich bei Leuten Glück hatte!" rief diese. „Vielleicht werden wir bei Gott Glück haben. Wer kann das wissen?"

„Das Loos der Menschen ist veränderlich," meinte Hanna philosophisch. „Mir genügt, daß ich selber nicht verstümmelt bin. Reibt nur, Gevatterin, unbekümmert die Füße mit Spiritus ein, denn tanzen werden wir, wie noch nie im Leben."

Sie erfaßte die Grollende und sich Sträubende am Arm und machte ausgelassen lustig mit ihr einen Kreis um die Stube.

„Drei Wochen haben wir noch Zeit. Wir müssen noch jedes fünf Gulden verdienen. Nicht wahr, Anton?"

„Der Hof benöthigt Arbeiter für die Heuernte. Ich verdinge mich mit der Sense. Man zahlt einen Gulden für ein Joch. In zwei Tagen kann ich mit leichter Mühe ein Joch mähen."

Mit dieser Versicherung schickte sich der Bursche zum Gehen an. Um in der Gunst der Alten sich einzuschmeicheln, küßte er ihre Hand.

Hanna geleitete ihn hinaus zu der Hecke.

„Bist Du wirklich um Deine Mutter beruhigt?" fragte sie beim Abschied. „Wird sie uns die Hütte überlassen?"

„Ueberlasse das Alles mir. Ich werde die Mutter schon überzeugen."

Er kehrte in seine Hütte zurück. Die Mutter ruhte bereits im Bette. Voller Resignation ließ er sich neben dem Ofen nieder und betrachtete die kahlen Wände der Stube.

„Mutter!" hob er nach einer Weile Stillschweigens an.

„Wo bummelst Du in der Nacht herum?" klang eine heisere Stimme vom Bette.

„Ich komme von der Verlobungsfeier des Schulzensohnes mit der Maryna Gulitsch."

„Ach! Was wird nun mit Dir?"

„Ich bin mit der Kubeska beim Pfarrer gewesen. Am Sonntag wird meine Ehe mit Hanna in der Kirche verkündigt."

„Du! . . . Du! . . . mit Hanna!" brachte sie grimmig heraus.

„Wie Du hörst. Da hilft schon kein Herr Gott mehr. Es ist ausgemacht und wir sind verlobt. Gieb' mir Deinen Segen, Mutter, da es nicht zu ändern ist."

Wie von einer Pulvertonne in die Luft gesprengt, so fuhr diese aus dem Bette auf.

Er sah unruhig zu ihr hinüber, seufzte und trat hinaus, die Thüre heftig zuschlagend.

Sie wußte nicht, wie sie ihrem Grimm Luft machen sollte. Die Neuigkeit kam so plötzlich über sie. Sie lief auf und ab in der Stube, sie rang die Hände, jammerte und beklagte ihr Schicksal und fluchte und verwünschte die leichtfertige Dirne.

„In Brand will ich die Hütte und den Stall stecken! Ich ziehe, wohin mich der Weg führt, aber Du wirst niemals Herrin auf dem väterlichen Erbgut meines Kindes. Oder ich brenne Dir Deine Augen, diese Hexenaugen mit glühendem Eisen heraus und geh' dann in den Teich, um mich zu ertränken."

Der Morgen fand sie noch wach und verzweifelnd. Auf den grünen Fensterscheiben glitzerte das rosige Licht der Morgenröthe und verscheuchte die rachsüchtigen Gedanken aus ihrer Seele. Sie machte Feuer auf dem Herd, kochte ihre Frühstücksgerste, allein Anton ließ sich nicht blicken.

„Er schämt sich, mir vor die Augen zu treten. Er weiß, daß ich ihm das Gewissen erschüttern würde. So ein Glück hat er verscherzt, so hübsche Mitgift von sich gestoßen, der leichtsinnige Narr! Das Herz muß Einem bluten, wenn man an die prächtige Wirthschaft denkt, die er hätte haben können, diese Kühe, die Pferde und der Boden. Dreißig Joch Boden! Dreißig Joch Ackerboden!"

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-18910612/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Dresden, den 11. Juni.

— **Das Gesetz, betreffend Abänderung der Gewerbe-Ordnung** (sogenanntes Arbeiterschutzgesetz) ist im „Reichsanzeiger" veröffentlicht. Es wird daher nothwendig, die Kritik über dieses Gesetz nunmehr in den vom Strafgesetz (§ 131) gebotenen Schranken zu halten.

— **In der Getreidetheuerung** ist leider eine Besserung noch nicht zu ersehen. Heut wird im preußischen Abgeordnetenhaus die Regierung ihre Ermittelungen zum Besten geben, auf Grund deren keine Zollermäßigung vorgenommen wurde. Was diese Erörterung bedeutet, weiß man ja; einige Freisinnige — denn Sozialdemokraten giebt es bekanntlich nicht in jener durch das elendeste aller Wahlsysteme zu Stande gekommenen „Volks"(?)-Vertretung — werden zu Worte kommen, die Regierung wird einige Mittheilungen machen, die keinen Menschen befriedigen außer der agrarischen Mehrheit des Hauses; diese wird die Debatte möglichst bald schließen und davon obendrein der allezeit getreuen Regierung ein ergebenstes Vertrauensvotum ausstellen. So bleibt alles beim Alten. Wir dürfen ruhig und gottergeben weiter hungern.

— Aus **Elsaß-Lothringen** wird über die Stimmung der dortigen Bevölkerung wegen der Getreidetheuerung mitgetheilt. Denn das Publikum ist durchaus nicht einverstanden mit den Aeußerungen der Regierungsorgane, und wer hören will, der kann laut und allseitig über die eingetretene Theuerung klagen hören. Besonders die Bauern, die schon längst ihr Brot selbst kaufen müssen, haben ebenso wie die arbeitende Klasse unter den hohen Fruchtpreisen zu leiden. Ja, vielleicht noch mehr wie jene, denn über die Hälfte der mit Wintersaat bestellten Aecker mußte infolge der Einwirkungen des Frostes umgepflügt werden, und außer der Lebensmittelvertheuerung tritt noch die Kalamität des Mangels an Saatfrucht hinzu. Der reichsländische Bauer hat auch in guten Erntejahren keinen Vortheil an den Kornzöllen, da der angebaute Boden übermäßig parzellirt ist. Im Durchschnitt können auf den Ackerbautreibenden, wie das die letztjährige Enquete des Landwirthschaftsrathes zugiebt, nur 2¾—3 Hektare Land gerechnet werden, ein Besitz, der auch bei den günstigsten klimatischen Verhältnissen nicht hinreicht, den Bauer mit Familie auskömmlich zu ernähren. So sind denn die Aussichten heuer mehr wie trübe, und die Mißstimmung der Leute äußert sich allerorten in lebhaften Klagen.

— **Ein authentisches Schriftstück.** (Kapitalistischer Bettelsackbrief aus der Zeit der geistigen Sozialistenverfolgung 1891.) Ein sozialdemokratischer Kommerzienrath, an dessen Adresse das nachfolgende Schriftstück kam, stellte dasselbe dem Offenburger „Volksfreund" zur Verfügung. Hier sein famoser Wortlaut:

Streng vertraulich!

Berlin, 20. Mai 1891.

Sehr geehrter Herr!

Nur die weitverbreitete Unkenntniß bezüglich der eigentlichen Ziele des Sozialismus hat das erschreckende Umsichgreifen der sozialdemokratischen Wahnvorstellungen ermöglicht, und nur durch umfassende Verbreitung von Aufklärung über die Unmöglichkeit der Durchführung des Sozialstaatsgedankens läßt sich das Uebel mit Aussicht auf Erfolg bekämpfen. Von dieser Erwägung ausgehend hat es ein auf gemeinnützigem Gebiete und namentlich als volksthümlicher Redner erprobter Mann, Herr Handelskammersekretär a. D. Dr. Heinrich Fränkel in Weimar, seit einigen Monaten unternommen, überall durch Vorträge über die Unausführbarkeit des Sozialismus mit Zugrundelegung des bekannten weitverbreiteten Bellamy'schen Romans zu wirken. Dieses Verfahren war um so zweckmäßiger, als gerade durch die überaus einschmeichelnde und verführerische Darstellung Bellamy's zweifellos die Gefahr der Einführung der sozialistischen Thorheiten in die Reihen der Gebildeten und Besitzenden entstanden war. Die Vorträge des Herrn Dr. Fränkel haben in Frankfurt a. Main, Darmstadt, Mainz, Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Konstanz, Pforzheim, Stuttgart, Heilbronn, Würzburg, Fürth, Köln, Duisburg, Essen, Barmen, Bielefeld, Hagen, Hannover, Bremen, Lübeck, Braunschweig, Danzig, Königsberg, Halberstadt, Kiel und verschiedenen anderen Städten mit bestem Erfolg stattgefunden; von überall her liegen in den maßgebenden Blättern die anerkennendsten Berichte darüber vor. In einer großen Anzahl weiterer Städte sind gleichartige Vorträge noch angekündigt.

In Folge einerseits der durch den Zweck gebotenen Nothwendigkeit, den Eintrittspreis möglichst niedrig anzusetzen, und andererseits der hohen Auslagen für Saalmiethen, Anzeigen, Maueranschläge, Lohndiener, Reisekosten usw. (nur einige Male hatten Vereine das Risiko übernommen) ist das Unternehmen Herrn Dr. Fränkel finanziell über den Kopf gewachsen, zumal der nach Erkenntniß dieser Sachlage gemachte Versuch, die weiteren Abmachungen bezüglich der Saalmiethen rückgängig zu machen, an der Weigerung der Betheiligten scheiterte. Es wird sich voraussichtlich nach Abhaltung der sämmtlichen etwa 70 Vorträge um einen Fehlbetrag von ungefähr 5000 Mk. handeln. Es wäre aber unrecht, wenn Derjenige, der dem wahrhaft gemeinnützigen Zweck der Bekämpfung der sozialistischen Thorheiten Zeit, Mühe und Behaglichkeit opfert und Monate lang auf Ruhe und Familienleben verzichtet, außerdem auch die Kosten des Unternehmens tragen müßte. Um eine anderweite Aufbringung derselben bestreiten zu helfen, sind die Unterzeichneten zusammengetreten, und wir ersuchen hierdurch auch Sie, hochgeehrter Herr höflichst, an den mitunterzeichneten Kommerzienrath Herrn Stuber in Würzburg einen Beitrag in unserm Sinne einzusenden. Dieses Rundschreiben wird nur an eine geringe Zahl von Herren gesandt, von denen ein besonderes Interesse an der Sache vorausgesetzt werden darf. Ein etwa überschießender geringer Betrag soll zur Verbreitung guter antisozialistischer Schriften in Arbeiterkreisen verwandt werden; im Falle eines sogar erheblichen Ueberschusses würden wir den Beitragenden eine entsprechende Reduktion ihrer Beiträge vorschlagen. Quittungsliste und Abrechnung wird allen sich bei einigenden Herren zugehen.

Indem wir Ihnen für Ihre gefällige Mitwirkung im Voraus unsern verbindlichen Dank aussprechen, haben wir die Ehre zu zeichnen mit vorzüglicher Hochachtung ergebenst Fabrikant Craemer, Sonnaberg i. Th. K. Oberstaatsanwalt Hamm, Köln a. Rhein. Kommerzienrath Haßler, Augsburg. Geh. Kommerzienrath Herz, Berlin. Kommerzienrath Stuber, Würzburg.

An Beiträgen sind bereits eingegangen:

Geh. Kommerzienrath E. Langen, Köln	500 M.
Industrieller Verein, Köln	100 „
Reichsverein Bremen	100 „
Fabrikbesitzer Dr. Grüneberg, Köln	100 „
Kommerzienrath Röficke, Mitglieder des Reichstages, Berlin	100 „
Fabrikbesitzer Dr. Witte, Mitglied des Reichstages, Berlin	100 „

Kostenrechnung

über 70 Vorträge bezw. 90 Reisetage:

Beförderungen mit Eisenbahn und Wagen (meist große Entfernungen, da immer nur bestimmte Tage nach den örtlichen Verhältnissen geeignet sind)	700 „
Kosten für Verpflegung, Uebernachten usw.	800 „
Saalmiethe, Gas, Heizung, Nummerirung der Plätze	4500 „
Anzeigen, Maueranschläge, Austragen von Einzeichnungslisten	2800 „
Drucksachen, Porto, Reklameblätterversendung	800 „
Gehalt und Reisekosten für den vorausreisenden Sekretär (nur während der beiden ersten Vortragsreisen.)	500 „
Lohndiener, Eingangskassirer, Entschädigung des beauftragten Buchhändlers für seine Bemühungen	300 „
Ausgaben insgesammt	9900 M.
Die Eintrittsgelder ergaben durchschnittlich 70 M. mal 70 gleich	4900 „
Fehlbetrag	5000 M.

Hoffentlich tropft es jetzt noch besser mit den Beiträgen für den, wie von einer Reise durch den Balkan heimgekehrten, ausplünderten Sozialistenfänger und Handelskammersekretär Dr. Fränkel. Wenn der gute Don Quixote von seiner zweiten Reise heimkehren wird, wie leer mögen erst dann seine Taschen sein. Also auf, ihr Kommerzienräthe, sendet aufgesparten Arbeiterschweiß, damit Euer Reisender in Arbeiterverdummung seine Spesen wieder ersetzt bekommt!

— **Begnadigt.** Aus Bonn wird der „Frankf. Ztg." geschrieben, daß der 1. chargirte eines Bonner Studenten Corps, stud. jur. M., den die Strafkammer kürzlich zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt hatte, vom Kaiser zu vierzehn Tage Carcer begnadigt worden sei. Die Verurtheilung war erfolgt, weil der Student mit seinem Stock einen Nachtwächter derart geprügelt hatte, daß dieser längere Zeit darnieder lag. „Stand und Bildung" scheinen dem Herrn Studiosus die Begnadigung eingebracht zu haben. Einem Arbeiter wäre das wohl nicht passirt.

— **Aue b. Zeitz,** 8. Juni. Eine recht sonderbare Illustration zum freien Vereins- und Versammlungsrecht erhielt soeben ein hiesiger Genosse, welcher gegen den hiesigen Amtsvorsteher Bach Strafantrag wegen Vergehen gegen § 339 gestellt hatte. Der Amtsvorsteher hatte einem Gastwirth, nach Angaben des letzteren, gedroht, die Polizeistunde auf 10 Uhr herabzusetzen, wenn er den Sozialdemokraten seinen Saal hergebe. Dem Erstatter der Anzeige ging nun von der Staatsanwaltschaft zu Naumburg folgender Bescheid zu: „Naumburg a. S., 29. Mai 1891. Auf Ihre Anzeige vom 5. d. M. lehne ich es ab, gegen den Amtsvorsteher Bach in Aylsdorf wegen Vergehens gegen § 339 des Strafgesetzbuches vorzugehen. Wenn der Beschuldigte die Besorgniß hegt, daß durch irgend eine Versammlung die öffentliche Ordnung gestört werden wird, und zur Verhütung dieser Störung einem Gastwirth, in dessen Räumen die Versammlung stattfinden soll, die Verhängung schärferer Bestimmungen über die Polizeistunde androht, so mißbraucht er damit seine Amtsgewalt nicht, sondern handelt vollständig innerhalb der Grenzen seiner Amtsbefugnisse. Es kann also auch im vorliegenden Falle von einer widerrechtlichen Handlungsweise, wie sie zum Thatbestande des von Ihnen angezogenen Strafgesetzes gehört, keine Rede sein. Der Königliche Erste Staatsanwalt. (Name unleserlich.)" — Darnach könnte also jeder Polizeigewaltige, der Besorgniß hegt, das Vereins- und Versammlungsrecht durch Androhungen schärferer Maßregeln außer Kraft setzen. Nun sage man noch, daß wir nicht unter neuem Kurs leben.

— **Frankfurt a. M.,** 9. Juni. Die hiesige sozialdemokratische Partei hatte, der von der Fraktion ausgegebenen Parole gemäß, auf gestern Abend eine Protestversammlung in den Merianssaal einberufen, in der Herr Reichstagsabgeordneter W. Schmidt über „Die Getreidezölle und die Reichsregierung" referirte. Der Saal war bis auf den letzten Platz dicht besetzt. Der Referent schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die sozialdemokratische Partei auch in dem vorliegenden Falle verhindern wolle, daß das Volk mit Gewalt erzwinge, was ihm mit Recht zukomme. Die bekannte, schon früher in ihrem Wortlaut mitgetheilte Protestresolution wurde mit folgendem Zusatz einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt endlich, der schreiende Widerspruch in der sozialen Ordnung der Dinge, der darin besteht, daß die Interessen der großen Volksmehrheit, die in Folge kümmerlicher Einnahmen auf billige Ernährung angewiesen ist, den Interessen einer besitzenden Minderheit geopfert werden, spricht die Nothwendigkeit einer Umwandlung der Dinge von Grund aus aus, die in erster Linie durch Umwandlung der Privatwirthschaft des Grund und Bodens in sozialistische Gemeindewirthschaft herbeizuführen wird."

— **Bremerhaven,** 10. Juni. Der Ausstand der Heizer und Kohlenzieher des Norddeutschen Lloyd dehnt sich immer weiter aus. Die oldenburgische Regierung hat besondere Gendarmerie aufgeboten; auch Truppen stehen bereit. Der Betrieb des Lloyd ist ein sehr schwacher.

Belgien.

— **Brüssel,** 9. Juni. Die sozialistische Partei wird am 28. und 29. d. M. zu Verviers einen Kongreß abhalten. Hauptgegenstand der Berathungen soll die durch die neuerlichen Ereignisse geschaffene Parteilage bilden.

Großbritannien.

— **Der große Skandalprozeß,** in den die „Spitzen unserer Gesellschaft verwickelt waren, ist beendet. Sir William Kumming ist überführt, daß er beim Baccarat-Spiel in schmählichster Weise fortgesetzt betrogen hat; diejenigen Personen, welche dieses über ihn ausgesprengt hatten und deshalb von ihm vor Gericht gezogen waren, sind freigesprochen. Dieser Prozeß hat gezeigt, wie verpestet die Atmosphäre des sittenstrengen Englands ist, soweit die höheren und höchsten Schichten der Bevölkerung in Betracht kommen. Was diesen Prozeß zu einer Sache der ganzen Nation gemacht, ist die Freundschaft, welche Oberstlieutenant Kumming seit langem mit keinem geringeren als dem englischen Thronfolger, dem Prinzen von Wales, unterhielt. Prinz von Wales hat selbst als Croupier (Bankhalter) an jenen Hazardabenden bei der Familie Wilson theilgenommen, wo Kumming seine Betrügereien verübte, indem er, sobald er gewann, zu seinem Einsatz von 5 Pfund Sterling durch besondere Fertigkeit seiner Hand eine Zehnpfundnote hinzufügte. Gegen den Prinzen wendet sich natürlich der Unwille des Volkes; in England ist die Freiheit des Wortes nicht so beschränkt wie in Deutschland und die Presse geht sehr scharf gegen die „noblen Passionen" des Thronfolgers vor. Die Zeugenvernehmung vor dem Londoner Gericht enthüllte ein Nachtbild der englischen Aristokratie, in welchem selbstverständlich auch die Damen nicht fehlen, und welches wieder einmal die sittliche Verkommenheit dieser Gesellschaft erkennen läßt, die zu keiner vernünftigen Thätigkeit etwas Nutz ist. Nur gut, daß in England selbst Kronprinzen gezwungen sind, vor Gericht zu erscheinen und sich den Pflichten zu unterwerfen, welche der Rechtsstaat auferlegt. Der Prinz von Wales ist schon mehrfach genöthigt gewesen, in Skandalprozessen seiner Zeugenpflicht zu genügen. — Die Sache hat jedenfalls ihr Ende noch nicht erreicht; Kumming wird wohl nunmehr selbst als Falschspieler auf die Anklagebank kommen und es dürfte der bisherige Prozeß nur ein Vorspiel zu den Skandalenhüllungen sein, die noch zu erwarten sind. — Das arbeitende Volk Englands wird sich von diesem ekelhaften Treiben der „guten Gesellschaft" entrüstet abwenden; die Zersetzung, in der sich diese befindet, geht mit Riesenschritten vorwärts und wird endlich einer gesunden, durch das Volk geschaffenen, sozialistischen Gesellschaft Platz machen.

Gewerkschaftliche Arbeiter-Bewegung.

∴ **Am** 6. Juni hielt der „Verein aller in der **Metallindustrie** beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von Dresden und Umgegend" eine Versammlung ab, in welcher Genosse Höppner über „Das sächsische Vereins- und Versammlungsgesetz" referirte. Redner führte aus, daß das nach dem Revolutionsjahre 1848 entstandene Gesetz erst eine Waffe gegen die revolutionirende Bourgeoisie sein sollte, wie es aber mehr und mehr als eine Geißel für das aufstrebende Proletariat gebraucht wurde. Von einiger Freiheit könne erst wieder geredet werden, wenn das Gesetz wieder beseitigt sei. Redner trat dann noch lebhaft für die Gleichberechtigung der Frauen ein, die immer mehr in den Kampf ums Dasein hineingezogen, jetzt nur Pflichten, aber noch keine Rechte hätten. Der Referent und mehrere andere Redner betonten, daß das Versammlungs- und Vereinsrecht einheitlich über das ganze Reich zu regeln sei. Es meldete sich in der Diskussion auch Frau Rohrlack zum Wort; der Ueberwachende entzog es ihr jedoch mit der Begründung, daß sie nicht in der Metallindustrie beschäftigt sei (!!) Die Rednerin glaubte in einer öffentlichen Versammlung sprechen zu dürfen, mußte aber sich dann mit der ihr auferlegten Mundsperre zufrieden geben. Die Beantwortung und Diskussion über die Fragezettel brachte eine recht lebhafte und anregende Debatte. Es wäre dringend zu wünschen, daß auch die noch der Organisation indifferent gegenüberstehenden Metallarbeiter sich ihrer Lage bewußt werden und sich der Einsicht von der Nothwendigkeit des Anschlusses an eine Organisation nicht länger verschließen.

∴ Am Montag den 8. Juni fand in Welde's Restaurant eine öffentliche Versammlung **aller in der Hutindustrie beschäftigten Arbeiter** bei starker Betheiligung statt. Beim ersten Punkt der Tagesordnung: Regelung des Arbeitsnachweises, entwickelte sich eine sehr rege Debatte, nach welcher schließlich eine dreigliedrige Kommission gewählt wurde, die verpflichtet ist, die Arbeitsverhältnisse zu kontroliren und alle Vierteljahre über den Stand derselben und der Lohnverhältnisse in öffentlichen Versammlungen zu berichten. Auf Grund der Berichte soll eine Statistik aufgestellt werden. Aus der darauffolgenden Wahl eines Vertrauensmannes ging Kollege Gabler als gewählt hervor. Auf einen weiteren Antrag wurden drei Kollegen gewählt, welche dafür zu sorgen haben, daß durch den Verkauf von Marken ein Fonds gesammelt wird, welcher bei Streiks und dergl. Verwendung finden soll. Von mehreren Rednern wurde u. A. noch die Nothwendigkeit einer gewerblichen Auskunftsstelle betont, bei welcher sich alle Arbeiter, um sich in gewerblichen Streitigkeiten vor Schaden bewahren zu können, Rath erholen dürfen.

∴ **Internationaler Kongreß der Holzarbeiter.** Die Belgische Gewerkschaft der Holzarbeiter erläßt in französischer Sprache folgenden Aufruf:

An die gewerkschaftlichen Verbindungen der Holzarbeiter aller Länder (Bau- und Möbel-Schreiner, Zimmerleute, Drechsler, Stuhlmacher, Instrumentenmacher, Billardarbeiter und Holzbildhauer).

Kameraden!

Uebereinstimmend mit dem Beschlusse, welcher auf dem letzten nationalen Kongresse der Holzarbeiter Belgiens, im Beisein der Abgeordneten Hollands, gefaßt wurde, laden wir Euch ein, Euch durch Delegirte an dem demnächst stattfindenden internationalen Kongresse der Holzarbeiter vertreten zu lassen. Dieser Kongreß wird in Brüssel zusammentreten und vom 15.—17. August d. J. tagen.

Tagesordnung:

1. Die Bildung der internationalen Vereinigung.
2. Internationale Solidarität bei Streiks.
3. Der achtstündige Arbeitstag.
4. Internationales Organ.

Kameraden, unabhängig von diesen vier Punkten der Tagesordnung, bitten wir Euch, uns gefälligst die Fragen und Anträge, welche Eure Gewerkschaft auf diesem internationalen Kongresse verhandelt zu sehen wünscht, spätestens bis zum 1. Juli d. J. einzusenden. Dieser Zeitpunkt ist vom Komitee als der alleräußerste festgesetzt.

Zum 3. Juli wird ein Zirkular versandt werden zur Mittheilung aller Punkte der Tagesordnung des Kongresses, damit Eure Gruppe, nach Berathung dieser verschiedenen Fragen und Anträge, Eurer Abstimmung gemäß ihre Delegirten mit einem Mandat betraut.

Wir bitten Euch, so bald wie möglich und zwar vor dem 1. Juli über Eure Theilnahme am Kongresse uns Mittheilung zu machen.

Die berufenden Vertrauensmänner von Belgien sind gern bereit, jedwede Auskunft betreffs der Theilnahme am internationalen Kongresse der Holzarbeiter zu ertheilen.

Empfanget, Kameraden, die Versicherung unseres brüderlichen Gefühls.

Im Namen des Gewerkschafts-Komitees:

Der Kassirer F. Vandenbrande. Der Schriftführer F. Sak.

Brüssel, den 5. Juni 1891.

∴ In der letzten Nummer ihres „Korrespondenzblattes" geht die **Generalkommission der Gewerkschaften** auf eine Entgegnung der verschiedenen Kritiken, die ihr Entwurf einer Organisation gefunden hat, ein. Die von ihr vorgeschlagene Organisation war um deswillen angegriffen, weil man sie bei dem derzeitigen Stande der Vereins-Gesetzgebung in den verschiedenen deutschen Bundesstaaten für unausführbar hielt. Dem gemachten Einwurf, daß die Gewerkschaftsorganisation nicht als ein Versuchsfeld zu betrachten sei, gegenüber erklärt die Generalkommission, daß sie derselben Ansicht sei, aber sie meint, daß, wolle man endlich ein unbeschränktes Koalitionsrecht erlangen, der Versuch einer einheitlichen Organisation so wie sie von ihr vorgeschlagen sei, gemacht werden müsse, und fährt dann fort: . . . „Je länger wir zaudern werden, nicht nur in einzelnen Zeitungen, sondern in der Masse, wie sie die nach Organisation strebenden Arbeiter bilden, dasselbe Recht zu fordern, welches die Unternehmer haben, um so länger wird auch die Gewährung des unbeschränkten Koalitionsrechtes auf sich warten lassen. Sollten die Massen, welche gegen die event. ungerechten Maßnahmen der Behörden Protest erheben, noch nicht so angewachsen sein, daß es den herrschenden Klassen geboten erscheint, diesem Drängen nachzugeben, dann wird unter den Gewerkschaften jede Meinungsverschiedenheit über die Form der Organisation aufhören, dann werden wir event. mit einem Vertrauensmännersystem, trotz all seiner Mangelhaftigkeit, genau dieselben Erfolge erringen, wie in einer fest gegliederten Organisation, denn dann wird völlige Einmüthigkeit, wie sie der Zwang erheischt, herrschen. Dies aber ist die Vorbedingung der Aktionsfähigkeit." Ueber diesen Vorschlag kann man doch sehr getheilter Meinung sein. Wir unterseits halten es nicht für vortheilhaft, aufs Geradewohl, gleichsam als Demonstration gegen das Konglomerat der Vereinsgesetze in Deutschland, eine Organisation aufzubauen und dann abzuwarten, was von Seiten der Behörden geschehen wird. Denn was von dieser Seite in diesem Falle geschehen wird, darüber kann man doch wohl schon von vornherein im Klaren sein, und es wäre thöricht, bewußt Geld nutzlos für eine bloße Idee aufzuwenden. Gegenüber der „Metallarbeiter-Zeitung", welche die Zusammenfassung einer größeren Anzahl verwandter Branchen in eine größere Union der seitherigen Fachorganisation vorzieht, hält die Generalkommission an ihrer Ansicht fest, daß auf der Fachorganisation weiter zu bauen sei. Sie weist auf die Schwierigkeiten hin, die sich oftmals einer Verbindung sonst nahverwandter Berufe entgegenstellen, indem sie an einem im „Handschuhmacher" erwähnten Beispiele zeigt, daß es vorkommen kann, daß an einem Orte nur eine Zahlstelle der einen, an einem anderen eine Zahlstelle der anderen der vereinigten Branchen vorhanden ist, wodurch Schwierigkeiten in der ersten Zeit nach der Verbindung in der Verwaltung entstehen könnten. Von besonderer Bedeutung scheint was dieser Einwand gegen die Vereinigung mehrerer Branchen nicht zu sein, erheblicher jedoch der, welchen die Generalkommission weiter macht, daß bei einer Vereinigung mehrerer Spezialbranchenorganisationen zu einer größeren Industriegruppe die Verschiedenheit der Vermögenslage der einzelnen zu vereinigenden Organisationen Schwierigkeiten bei der Vereinigung machen würde. Mit Recht weist die Generalkommission da auf das Beispiel der im graphischen Gewerbe bestehenden Organisationen hin, indem sie schreibt: „Auch hier würden sich viele ähnliche Größen finden, welche ich nicht damit meiden geben, daß das während der Dauer der Jahre gesammelte Vermögen anderen sich zu einer Vereinigung mit dem Buchdruckerverband zusammenhaltenden Organisationen zum aliquoten Antheil zur Verfügung gestellt wird." Unseres Wissens hat der Vorsitzende des Unterstützungsvereins deutscher Buchdrucker, Döblin, sich erst kürzlich in Hannover gegen eine Vereinigung der Buchdruckerorganisation mit einer vielleicht erst zu gründenden der Hilfsarbeiter im Buchdruckereiwesen ausgesprochen, und wir glauben, daß er bei dieser seiner Meinung die weit überwiegende Masse der organisirten Buchdrucker hinter sich hat.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-18910612/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Im weiteren Verlauf ihrer Berathungen vertheidigt die Generalkommission den von verschiedenen Seiten angefochtenen Passus in dem von ihr ausgearbeiteten Organisationsstatut: „Die Zentralvereine haben unter Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen die wirthschaftlichen Interessen zu fördern", indem sie schreibt: „... Der eine findet diese Bestimmung überflüssig, weil der § 152 der Gewerbe-Ordnung solches ohnehin nicht gestatte, und knüpft daran die Bemerkung, ob man glaube, daß diese Bestimmung den Behörden gegenüber eine Deckung bieten würde. Der Andere findet dieselbe schädlich, weil dadurch ein Theil der Fanatiker der Organisationen fern bleiben würde, während man doch in den Organisationen die Politik fließen könne, ohne mit dem Vereinsgesetzen in Konflikt zu kommen. Die Bestimmung wäre zu einschränkend. Beide Einwendungen dürften nicht aufrecht erhalten werden können. Ob der § 152 der Gewerbe-Ordnung die Diskussion der gedachten Fragen nicht zuläßt, ist zweifelhaft, zum Mindesten verbietet er sie nicht. Auch den Behörden gegenüber kann eine solche Bestimmung nicht als Deckung dienen, andererseits aber müssen wir ohne irgendwelche Furcht und Aber die Politik ausschließen, wenn wir uns in Zentralvereinen organisiren wollen. Unser Statut gilt als unser Gesetz, und sind die Bestimmungen, die wir uns geben, zu befolgen. Nun wird mancher, der das Statut wohl kennt und verfehlt, nicht ebenso die Gesetzgebung des Staates kennen, deswegen muß das Statut Bestimmungen enthalten, welche den damit Umgehenden davor bewahren, daß er mit den Staatsgesetzen in Konflikt kommt. Unbeschadet jedoch eine Zahlstelle die Befugnisse, welche ihr laut Statut gegeben sind, so kann der Staatsanwaltschaft gegenüber jederzeit dargestellt werden, daß durch Statut die Zweigvereine zur Fernhaltung der Politik verpflichtet sind, daß demnach nur die einzelne Zahlstelle, nicht aber der Gesammtverein zur Rechenschaft gezogen werden kann. Wie wenig Bedeutung auch diese Bestimmung haben mag, ganz ohne Bedeutung ist sie nicht." Was der § 152 der Gewerbe-Ordnung mit der Frage, ob Politik in den Zentralvereinigungen getrieben werden darf oder nicht, zu thun haben soll, ist uns vollständig unerfindlich. Wenn eine feste Vereins-Zentralisation geschaffen werden soll, so muß ohnehin die Erörterung von politischen Fragen aus dem Kreis der Thätigkeit der Organisation ausgeschieden werden. In einer der nächsten Nummern werden wir die weitere Entgegnung der Generalkommission auf die Kritiken ihres Entwurfs bringen.

Gerichts-Zeitung.

Gewerbe-Gericht Dresden.

Vorsitzender: Assessor Körner. Arbeitgeber-Beisitzer: Fabrikant Greunach; Farbenfabrikant Tiedemann. Arbeitnehmer-Beisitzer: Tischler Julius Schäfer; Glaser Eduard Schippel.

Es kommen zur Verhandlung:

1. Photographengehilfe Wendel gegen Hofphotographen Teichmüller;
2. Tischlergehilfe Teuschner gegen Tischlermeister Schenk;
3. Handarbeiter Halsberg gegen Baumeister Wicus.

Zu 1.: Kläger klagt wegen 8 M. rückständigen Lohn, welche ihm vom Beklagten deshalb zurückbehalten wurden, weil er eine Platte zerbrochen hatte. In einer früheren Verhandlung machte sich die Zuziehung eines Sachverständigen nothwendig, und begutachtete der als solcher vernommene Herr Krone, daß sich der Kläger nicht der nöthigen Vorsicht befleißigt habe. Daraufhin zog Kläger auf Ansuchen des Vorsitzenden seine Klage zurück.

Zu 2.: Kläger klagt auf Lohnentschädigung von 7 M. 8 Pf., indem er behauptet, daß Beklagter ihn, obwohl er ihm beim Antritt nicht mitgetheilt habe, daß in seinem (des Beklagten) Geschäft keine Kündigung vereinbart werde, doch ohne jegliche Kündigung entlassen habe. In einem früheren Termine hatten sich die Parteien dahin geeinigt, daß Beklagter dem Kläger noch weitere 14 Tage beschäftigt. Es handelte sich nur noch um den rückständigen Lohn von 2½ Tagen. Beklagter schiebt den ihm angetragenen Eid dem Kläger zu, der ihn annimmt und leistet. Ohne Abwartung des Endurtheils verpflichtet sich infolge dessen Beklagter, den eingeklagten Betrag nachzuzahlen.

Zu 3.: Kläger macht eine Forderung von 12 M. geltend, welcher Schaden ihm durch Vorenthaltung des Krankenkassenbuches durch den Beklagten resp. dessen Bauführer entstanden sei. Kläger war am 25. Mai bei Beklagtem in Arbeit getreten und ließ sein Arbeitsverhältniß den folgenden Tag wieder. Er wurde mit mehreren andern Arbeitern durch die Polizei mit der Bemerkung vom Bauplatze verwiesen, daß er sich seine Papiere am nächsten Tage abholen könne. Am anderen Tage wandte sich Kläger nun an den Bauführer Fischer, welcher ihm bedeutete, daß die Bücher vom Krankenkassenamte noch nicht zurück seien; er solle noch eine halbe Stunde warten. Kläger behauptet dagegen, daß bei dieser Gelegenheit ihm das Lokal von Fischer verwiesen worden sei, so daß er ohne Krankenbuch fort mußte. Außer Stande, für seine Behauptung genügende Beweise zu liefern, wird er mit seiner Klage abgewiesen und zur Tragung der Kosten verurtheilt.

§ **Bochumer Steuerprozeß.** Nachdem die Vernehmungen am Montag wenig Bemerkenswerthes erbracht hatten, begann der Gerichtshof am Dienstag über die Bilanz des Bochumer Gußstahlvereins, deren Richtigkeit Fusangel bestritten hatte, zu verhandeln. Nach Fusangel sei der Vertrag ungerechtfertigt zwischen dem Gußstahlverein und den Gemeinden, wonach der Verein von seiner Reineinnahme nur 60 Proz. an die Stadt Bochum und 40 Proz. an andere vier Gemeinden zu versteuern hat. Es wird von Baare zugegeben, daß der Werth des Hüttenfuhrwerks, welcher etwa 20,000 M. betrage, nur mit 1 M. gebucht sei, weil das Fuhrwerk nicht das Mindeste einbringe. Es wird festgestellt, daß die Gratifikationen und Tantiemen vom steuerpflichtigen Reingewinn in Abzug gebracht sind. Bürgermeister Lange vertheidigt dies, weil diese Beträge auf vereinbarten Verträgen beruhen. Oberbürgermeister Brentzel (Hagen) als Sachverständiger erklärt einen Vertrag als Grundlage der Besteuerung für gesetzlich nicht zulässig. Auf die Frage des Vertheidigers nach der Vertheilung der Verwaltungsrathstantiemen unter die 7 Mitglieder verweigert Herr Baare die Auskunft.

Ueber die doppelte Buchung der Gehälter giebt alsdann Herr Baare folgende Erklärung ab: „Diese doppelte Buchung geschah keineswegs, um die Steuerbehörde zu hintergehen, sondern wir machten den Versuch, vier Fünftel der Gehälter baar auszuzahlen und ein Fünftel als Pension ꝛc. den Beamten gut zu schreiben. Dieser Versuch wurde jedoch nur ein einziges Jahr gemacht, da sich dabei schließlich Unzuträglichkeiten herausstellten."

Die Beweiserhebung wendet sich alsdann der Anklage zu auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuches (öffentliche Anreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten). Herr Baare beruft sich in dieser Beziehung auf die Schmäh- und Drohbriefe, die er erhalten. Fusangel bemerkt, daß er selbst auch Drohbriefe empfange, welche zur Verlesung gelangen.

Oberbürgermeister Bollmann theilt auf Befragen des Präsidenten mit, daß er aus Anlaß der inkriminirten Artikel von der Regierung aufgefordert worden sei, eine höhere Einschätzung bei allen Zensiten vorzuschlagen. „Ich war deshalb genöthigt, diese höhere Einschätzung vorzunehmen, wozu mir indeß das Material gefehlt hat". — Präsident: Wurde bei diesem Verfahren auch Herr Geh. Rath Baare berücksichtigt? — Zeuge: Jawohl, er wurde sofort von der 17. in die 19. Einkommensteuerstufe eingereiht. — Präsident: Die Einnahme des Geh. Raths Baare wurde auf 39,000 M. geschätzt, während dieselbe thatsächlich 110,000 M. betragen haben soll? — Zeuge: Ich habe bereits bemerkt, daß mir Material nicht zur Seite stand. — Präsident: Herr Geh. Rath Baare, waren denn in den Jahren 1887/88 Ihre Einnahmen erheblich niedriger als 1889? — Baare: Nein. — Sodann bekunden einige Polizeikommissare, daß infolge der Artikel eine große Erregung entstanden war, daß auch befürchtet wurde, es könne zu Gewaltthätigkeiten kommen. — Es folgt die Vernehmung des früheren Armenhausverwalters Klose, welcher bekundet, daß von der Armenhausverwaltung verschiedentlich Lebensmittel unterm Preise verkauft worden seien, daß der Bürgermeister Lange sich im Armenhause Möbel habe anfertigen lassen, ohne den üblichen Preis dafür zu zahlen und daß Lange auf Kosten der Armenverwaltung im Armenhause kostspielige Abendessen veranstaltet habe. — Bürgermeister Lange: Der Zeuge hat wegen ungehörigen Verhaltens gegen die Hospitaliten und Nachlässigkeit im Amte entlassen werden müssen. Die Lebensmittel seien zum Marktpreise verkauft worden und zwar, weil sie in anderer Weise nicht zu verwerthen waren, für die angefertigten Möbel sei der richtige Preis bezahlt worden. Es haben nicht kostspielige Abendessen stattgefunden, sondern die Mitglieder der Armenverwaltung, die unter seinem Vorsitz stundenlang Sitzungen abgehalten, haben sich einige Erfrischungen holen lassen, die allerdings der Armenverwaltung auf Rechnung gesetzt wurden. — Armenhausverwalter Metzner bekundet, daß die Armenhausbewohner Anfertigungen erhielten, weil die ihrigen zu sehr abgerissen waren. Es sei üblich, daß diese Leute unter Aufsicht von Magistratsdienern zu öffentlichen Arbeiten verwendet werden. — Der Präsident erklärt hierauf die Beweisaufnahme für geschlossen. Am Donnerstag finden die Plaidoyers des Staatsanwalts und der Rechtsanwälte statt.

Lokales und Provinzielles.

Dresden, 11. Juni.

† **Amtliches.** Gesperrt sind vom 15. d. M. ab die Neuegasse zwischen der Pirnaischen und Grunaer Straße und die Pirnaische Straße zwischen der Neuegasse und Circusstraße. — Von Montag den 22. d. M. soll mit der Neupflasterung der Hechtstraße, zwischen Erlen- und Fichtenstraße, begonnen werden.

† Daß die agrarische Presse, wie die hiesigen konservativen Organe, gegebenen Falls bei ihrer „Beweisführung" für die „Berechtigung" der Getreidezölle auch nicht vor der Unwahrheit zurückschrecken, trotzdem sie stets schnell bei der Hand sind, die oppositionelle Presse der Lüge und Uebertreibung zu beschuldigen, dafür hat dieser Tage wieder einmal eine Notiz, die in den letzten Wochen durch die Ordnungs- und Amtsblattpresse ging und auch in dem hiesigen „Anzeiger", den „Nachrichten", dem „Leipziger Tagebl." sich abgedruckt fand, einen schlagenden Beweis geliefert. Es wurde da erzählt, daß eine Arbeiter-Genossenschaft in Oberschlesien in der Lage sei, das Pfund Schweinefleisch für 29 Pf. an ihre Mitglieder abzugeben, und es wurde mit der höhnischen Frage: Was sagen unsere Fleischer dazu? den letzteren vorgeworfen, daß nur ihre Ausbeutungs- und Profitsucht es sei, durch welche die Fleischpreise in die Höhe getrieben würden, keineswegs seien aber die Zölle daran Schuld. Der Unterschied zwischen den Preisen jener Genossenschaft und denen der Fleischer war nun allerdings ein so großer, daß die Anschuldigung der Agrarier ohne Weiteres Glauben verdient hätte, wenn es wahr gewesen wäre, daß bei jener Genossenschaft das Fleisch so billig abgegeben wurde. Das war es aber nicht, und die ganz gemeine Fälschung, womit wieder einmal die Leute über den Löffel barbiert werden sollten, wurde durch eine direkte Anfrage von interessirter Seite an den Vorstand der betreffenden Genossenschaft entdeckt. Es stellte sich heraus, daß die letztere das Pfund Schweinefleisch stets zu 50 Pf. bisher verkaufte und nie billiger hat abgeben können. Das sind also 21 Pf. Unterschied, die von den Agrariern einfach abgelogen worden sind. Mit dem Vertrauen auf die Richtigkeit einer Sache bei ihren Vertheidigern ist es in der Regel nicht mehr weit her, wenn die letzteren schon Lügen als „Beweise" paradiren lassen. Und thatsächlich ist auch bei den Agrariern schon längst an die Stelle der Ueberzeugung von der Richtigkeit unseres Schutzzollsystems die Liebe zu ihrem Geldsacke und die Furcht vor Verminderung ihrer Einnahmen getreten, wenn sie die Schutzzölle noch weiter zu vertheidigen sich bestreben.

† **Aus der evang.-luth. Synode.** Die Promptheit, mit welcher dem Kammerherrn Frhrn. v. Friesen auf seine in der genannten Körperschaft gethane Aeußerung, daß die bürgerlich geschlossene Ehe vom Standpunkte der Kirche nur als eine wilde Ehe zu betrachten sei, in der Synode selbst sowohl als auch außerhalb derselben in der Presse geantwortet worden ist — die „Dresdner Nachrichten" weisen in ihrem gestrigen Leitartikel diese Aeußerung ziemlich scharf zurück — mag ihn doch einigermaßen darüber aufgeklärt haben, daß er mit solchen Ansichten, wenn er sie öffentlich äußert, sich nur lächerlich macht. Denn in der gestrigen Sitzung nahm er zu einer persönlichen Bemerkung das Wort, in welcher er sich entschuldigte, diesen Ausdruck gebraucht zu haben. Er sagte: „Es sei ihm neulich ein Ausdruck entschlüpft, der formell nicht gerechtfertigt erscheint. Er habe die bürgerliche Trauung als wilde Ehe bezeichnet. Judenblätter (!) und denselben nahestehende christliche Blätter (seit wann sind die „Dresd. Nachr." ein Judenblatt oder Judenblättern nahestehend?) seien nun über ihn hergefallen. Diese Angriffe würden ihn nun zwar keineswegs bestimmen, darüber ein Wort zu verlieren. Anders stelle sich die Sache aber dar, wenn er in seinem Innern zur Ueberzeugung gekommen ist, daß er sich eines unrichtigen Ausdrucks bedient hat, und da er nicht noch weitere Angriffe gegen die hohe Synode provoziren wolle, so widerrufe er hiermit diesen formellen inkorrekten Ausdruck." — Von „Herfallen" kann wohl bei einer so gerechtfertigten Abwehr eines dem überwiegenden Theil der Bevölkerung versetzten Schlages in's Gesicht keine Rede sein. Eine Zurückweisung in der Presse ist das Wenigste, was einer derartigen ungenirten Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen geschehen konnte.

† Am letzten Sonntag wurde in einem Hause der Marienstraße eine ganze Anzahl von **Familienereignissen** auf einmal gefeiert. Während man in einer Wohnung eine Verlobung und in einer anderen eine Kindtaufe feierte, starb in einer dritten ein kleines Kind, in einer vierten beging ein Ehepaar gemeinsam seinen Geburtstag und in einer fünften erfreute sich eine Frau gleichfalls ihres Wiegenfestes.

† Auf der Johannisstraße flüchtete sich am Dienstag Abend wegen des plötzlich herabströmenden Regens eine Frau in eine Hausflur. Bald gesellte sich ein Mann zu ihr, der sie erfaßte und ein großes **Sittlichkeitsattentat** auf sie verübte. Die Frau riß sich mit Mühe von dem Menschen los und rief die Fahrgäste eines vorüberfahrenden Pferdebahnwagens zu Hilfe. Der Verbrecher wurde verhaftet.

† Am Dienstag Nachmittag gerieth auf dem hiesigen Zentralbahnhofe beim **Wagenschieben** ein Güterbodenarbeiter zwischen die Puffer zweier Wagen und quetschte sich die rechte Schulter derart, daß seine Ueberführung ins Stadtkrankenhaus erfolgen mußte.

† Auf der Marschallstraße wurde Dienstag Mittag ein Schulknabe von einem Geschirr **überfahren**, dessen Vorderrad ihm über den rechten Unterschenkel ging. Den Kutscher trifft keine Schuld.

× **Löbtau.** Wie bereits überall im Deutschen Reich Protestversammlungen gegen die Getreidezölle als Hauptursache der gegenwärtigen hohen, ja fast unerschwinglichen Brotpreise stattgefunden haben, so wird auch nächsten Sonnabend für die Ortschaften Cotta, Löbtau und Planen im Saale des Brauereirestaurants „Gambrinus" auf der Löbtauer Straße eine solche einberufen (s. Inserat in der heutigen Nr.) Die Versammlung wird durch zahlreiche Betheiligung gewiß, eine der hochwichtigen Sache wegen, um die es sich handelt, imposant werden. Da nun, wie schon gestern an dieser Stelle bemerkt wurde, nächsten Sonnabend, also zu gleicher Zeit, eine Versammlung zu gleichem Zwecke im „Trianon" in Dresden stattfindet, wollen wir nicht unterlassen, heute darauf hinzuweisen, daß es, um einer Ueberfüllung im „Trianon" vorzubeugen, durchaus rathsam ist, daß die Genossen und sonst Alle, welche sich für die Sache interessiren, von Cotta, Löbtau und Planen, die Versammlung im Brauereirestaurant „Gambrinus" besuchen.

× **Gittersee.** Am Sonntage fuhren 4 besetzte Omnibusse durch unseren Ort. Ein darüber wohl ärgerlicher Gutsbesitzer konnte sich nicht enthalten, darüber seiner sittlichen Entrüstung Ausdruck zu geben, indem er ausrief: „Wenn die Arbeiter noch Omnibuspartien machen, dann ist das Brot noch lange nicht zu theuer; da verdienen die Leute noch genug Geld!" Man sieht hieraus, welche Rohheit manche Leute besitzen. Am liebsten möchten sie es sehen, wenn sich die Arbeiter willenlos als Lastthiere und willkommene Ausbeutungsobjekte gebrauchen ließen. Darf sich denn der Arbeiter, nachdem er sich Tag für Tag in schwerer Arbeit abgerackert hat, nicht auch einmal ein Vergnügen gönnen? Soll denn das Leben keinen anderen Zweck haben, als nur eben nothdürftig zu leben? Der Arbeiter ist doch wahrlich nicht auf Rosen gebettet.

× **Pillnitz.** Dieser Tage feuerte ein auf einem Elbschiffe von Pillnitz nach Dresden mitfahrender Passagier während der Fahrt plötzlich, wahrscheinlich aus lieber Langeweile, einige Revolverschüsse in die Luft ab. Der Kondukteur des Schiffes bemächtigte sich zunächst des Revolvers und übergab sodann am Landungsplatze Laubegast den Passagier sammt Revolver zwei Landgendarmen.

× **Radeberg.** Im Goldfischteiche ertränkte sich am Sonntag ein seit Kurzem hier aufhältlicher Glasergeselle. Motiv: wahrscheinlich Kränklichkeit.

× **Dürröhrsdorf.** Um wahrscheinlich seinem schmerzhaften Siechthum ein Ende zu machen, erhängte sich vor einigen Tagen hier ein früherer Bahnarbeiter.

× **Hainichen.** Der Mörder des im Rossener Walde todt aufgefundenen 17jährigen Schlossers Fritzsche aus Oelsnitz, der Zigarrenarbeiter Adolf Ludwig aus Reichenhain bei Waldheim stellt sich als eine der gefährlichsten und frechsten Verbrechererscheinungen dar. Der jetzt 37jährige, aus Hainichen gebürtige Mensch war erst im Februar dieses Jahres aus dem Zuchthause entlassen worden, hat die gräuliche Blutthat also bald nach der wiedererlangten Freiheit ausgeführt. Der Mörder hat mit dem Vater des Ermordeten längere Zeit derart in Korrespondenz gestanden, daß derselbe in seinen Briefen als Nebengeselle vorgab, daß sein Sohn eines bösen Fingers halber selbst am Schreiben behindert sei. Dadurch sind ihm auch drei Geldsendungen in die Hände gefallen. Weiter hat er die Frechheit gehabt, am 3. Juni den Vater des Ermordeten persönlich aufzusuchen, sich dort als ein Schlossermeister aus Döbeln, wo sein Sohn arbeite, vorzustellen und ihm die Mittheilung zu machen, daß sein Sohn sich eines Diebstahls von 281 M. schuldig gemacht habe. Zum Beweise hat er wieder einen angeblich von dem Nebengesellen geschriebenen Brief, an den Meister adressirt, vorgezeigt, in welchem er seinen Meister um Verzeihung bittet und ihn anweist, doch zu seinem Vater zu gehen, welcher gewiß für den ihm durch seinen Leichtsinn zugefügten Schaden aufkommen werde. Er selbst werde nach Amerika auswandern. In der That hat sich der Vater des Ermordeten auch bestimmen lassen, dem Mörder seines Sohnes nicht nur die 281 M., sondern auch noch 9 M. Reisegeld auszuhändigen. Vergangenen Freitag hat sich nun Fritzsch sen. selbst aufgemacht, seinen Sohn in Döbeln zu besuchen, wo er ihn aber nirgends in Arbeit fand. Zufällig erfuhr er auch dort, daß Tags vorher ein Leichnam im Nonnenwald aufgefunden worden sei, weshalb er, Verdacht schöpfend, sich sofort nach Mittweida begab und leider erfahren mußte, daß sein Sohn schon seit etwa 6 Wochen sich nicht mehr unter den Lebenden befinde, sondern von der Hand eines Mörders gefallen sei.

× **Leipzig.** Am Montag Abend fand im „Pantheon" die erste der zur Demonstration gegen die Getreidezölle veranstalteten Versammlungen statt. Das Interesse an der Brotfrage hatte eine Unmasse Menschen veranlaßt, dorthin zu wandern und bald mußte das Lokal gesperrt werden, Tausende mußten wieder umkehren. Ueber den einzigen Punkt der Tagesordnung: „Die Kornzölle und die Reichsregierung" referirte Abg. Geyer. Nach einem Rückblick auf die Geschichte der gegenwärtigen Getreidezölle und einer gründlichen Beleuchtung der Bismarck'schen Wirthschaftspolitik geißelte der Redner das Verhalten der Reichsregierung, die angesichts der Theuerung immer noch den Muth habe, zu sagen, es existire kein Nothstand. Geyer wies auf den Gaunerkniff der Agrarier, die Börse und den Zwischenhandel für die Theuerung allein verantwortlich zu machen zurück, und betonte, daß ja die Börse nur erst mit der Umänderung der heutigen Wirthschaftsordnung verschwinden könne. In der Diskussion ergriff auch ein Angehöriger der deutschfreisinnigen Partei das Wort und stimmte dem Referenten in der Getreidezollfrage bei. Es wurden zwei Resolutionen angenommen. In der einen wurde im Anschluß an die des Parteivorstandes noch speziell an die sächsische Regierung das Ersuchen gestellt, im Bundesrath die Suspendirung der Getreidezölle zu beantragen; in der zweiten wird an den Magistrat Leipzigs das Ersuchen gerichtet, sich mit bei der sächsischen Regierung dafür zu verwenden, daß sie beim Bundesrath die sofortige Suspension und spätere gänzliche Aufhebung der Getreidezölle beantrage.

× **Plauen i. V.** Ein resolutes Dämchen, welches wegen Uebertretung gewisser sittenpolizeilicher Vorschriften vom hiesigen Schöffengericht eine sechswöchige Haftstrafe erhalten hatte, zog, als sie das Urtheil vernommen hatte, einen ihrer Schuhe aus und warf ihn nach dem vor ihr hängenden Kronleuchter, sodaß eine Glocke zertrümmert wurde. Dieser „Scherz" wird ihr jedenfalls theuer zu stehen kommen.

× **Seilitz.** Am 17. Februar d. J. benahm sich hier die Dienstmagd Marie Schiffner gegen ihren Dienst„herrn" „unbotmäßig", d. h. sie ließ sich nicht Alles gefallen, und erhielt daher von diesem, dem Gutsbesitzer Mierisch, ein paar Ohrfeigen. Dazu schien der Letztere laut unserer schönen Gesindeordnung „berechtigt". Am selben Tage erhielt die Dienstmagd aber auch noch von der Wirthschafterin Hulda Dehne, weil sie dieselbe „gekränkt", Prügel, und zwar einigermaßen gesalzene, und als sie schrie, wurde ihr der Mund zugehalten. Natürlich wollte sich die Mißhandelte eine solche Behandlung nicht gefallen lassen und stellte Strafantrag wegen Körperverletzung sowohl gegen ihren Dienst„herrn" als auch gegen die Wirthschafterin. Der Dienstherr wurde vom Schöffengericht in Meißen sowohl wie auch von der Berufungsinstanz freigesprochen (!), aber auch gegen die Wirthschafterin wurde in einer der letzten Strafkammerverhandlungen des Dresdner Landgerichts auf Freisprechung erkannt. Die Freigesprochenen waren also im Recht, das Mädchen zu prügeln, und das Letztere mußte sich es ruhig gefallen lassen. Angesichts solcher Thatsachen gehört doch eine Frechheit dazu, auch noch darüber zu klagen, daß Niemand mehr als Gesinde dienen will. Entspricht es vielleicht den Grundsätzen einer fortgeschrittenen Kultur, zu deren Genuß sich zu drängen doch

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-18910612/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

schließlich auch der ländlichen Bevölkerung nicht versagt werden kann, wenn ein Mensch sich von einem Andern prügeln lassen muß, ohne sich dagegen wehren zu dürfen; — denn nach der Gesindeordnung ist das Sich-zur-Wehr-setzen dem Gesinde nur gestattet, wenn es sich um gegenwärtige Gefahr für sein Leben und seine Gesundheit handelt — und auch nicht einmal Recht dagegen zu finden? Aber grade die Leute, die sich mit einem so großen Aufwand von Pathos zu den Beschützern der Kultur und Zivilisation gegen den „Barbarismus" der Sozialdemokratie aufwerfen, sie erdrücken nicht bei ihrem Bestreben, eine Klasse der Bevölkerung, das ländliche Gesinde, zu Sklaven herabzudrücken. Wenn es jenen Ordnungsstützen Ernst wäre mit ihrer „Zivilisation", so dürften sie keinen Augenblick rasten, um die Beseitigung dieser, das Ehrgefühl des Gesindes sowohl als auch das eines jeden ehrliebenden Menschen aufs Tiefste verletzenden Bestimmung, daß das Gesinde von der „Herrschaft" geprügelt werden darf, zu erzwingen.

× **Oederan.** In den letzten Tagen ist von den Bäckern der Brotpreis wieder aufgeschlagen worden, so daß jetzt das Pfund Brot hier 46 Pfg. kostet. Damit kann Oederan auf den traurigen Ruhm Anspruch erheben, mit das theuerste Brot in Deutschland zu bezahlen. Um die Konsumenten bei den hohen Preisen wenigstens vor Uebervorteilung möglichst zu schützen, hat der Stadtrath eine Bekanntmachung erlassen, von der zu wünschen ist, daß auch vom Publikum die durch dieselbe ihm eingeräumten Vortheile recht häufig benutzt werden. Demnach müssen die Bäcker von jetzt ab den Preis eines Pfund Brotes an der Verkaufsstelle durch einen von Außen sichtbaren Anschlag zur Kenntniß des Publikums bringen, den Käufern auf Verlangen das Brot vorwägen, neubackenes Brot nur dann zum Verkaufe auslegen, wenn Brot, welches mindestens einen Tag alt ist, vorräthig da ist und Brot nie zu einem höheren Preis, als den in der Verkaufsstelle angeschlagenen, verkaufen. Der Geschäftsgang ist noch immer ein recht trostloser, trauriger. — Während man vergangenen Winter mit Eintritt der schöneren Jahreszeit eine etwas bessere Belebung der Geschäfte erwartete, hat man diese Illusion längst aufgegeben; eine dumpfe und stumpfe Gleichgiltigkeit hat bei Vielen Platz gegriffen, die sich nur von dem jahrelangen Sichversagen des Nothwendigsten, des immerwährenden Darbens und Entbehrens erklären läßt, und nur die bange und schwere Frage hört man wiederholt aufwerfen: Was will das werden, wie wird das enden? Einschränkung der Arbeitszeit, Verringerung der Arbeitslöhne, Entlassung von Arbeitern, und auf der andern Seite wieder furchtbar hohe Lebensmittelpreise mit gleichem Schritt haltenden an-

deren hohen Ansprüchen an das Leben, das ist die Signatur unserer jetzigen Zeit und das Loos der arbeitenden Bevölkerung, und es heißt die Lage vollständig verkennen und zeugt von ungenügendem Unterrichtetsein derselben, wenn, wie dies jüngst von sehr hoher Stelle aus geschah, ein Nothstand als nicht vorhanden bezeichnet wird. Man frage einmal bei einem Fabrikanten an, der etwas Arbeit zu vergeben hat, wie das massenhafte Angebot der Arbeiter in keinem Verhältniß zu der zu vergebenden Arbeit steht; man erkundige sich bei den Herren Aerzten, die ihr Beruf in die Arbeiterwohnungen führt; man halte Umfrage bei den kleineren Geschäftsleuten, die fast nur mit dem Arbeitern hantiren, und erkundige sich bei den — Gerichtsvollziehern, sie alle werden die erschöpfende Antwort geben auf die Frage: wie das Volk fühlt und kämpft, darbt und leidet.

Vermischtes.

* **Die Krupp'sche Fabrik in Essen.** Folgende Angaben sind einer ausführlichen Beschreibung des Riesen-Etablissements entnommen: In der Fabrik befinden sich 3452 verschiedene Oefen, 439 Dampfkessel, 82 Dampfhämmer von 100 bis 50,000 Kilogramm Gewicht, 21 Walzenstrecken, 450 Dampfmaschinen von 2 bis 1000 Pferdestärken, 1622 verschiedene Werkzeugmaschinen. Zur Vermittlung des Verkehrs dienen: 43,96 Kilometer normalspurige Eisenbahnen mit 14 Tender-Lokomotiven und 542 Wagen, 29,59 Kilometer schmalspurige Eisenbahnen mit 14 Lokomotiven und 504 Wagen, 69 Pferde mit 191 Wagen, 80 Kilometer Telegraphenleitung mit 31 Telegraphenstationen und 55 Morse-Schreibapparaten, 140 Kilometer Fernsprechleitungen mit 156 Sprechstellen, welche mit einer Zentralstelle verbunden sind. An jedem Arbeitstag werden durchschnittlich verbraucht 33,320 Zentner Kohlen und Koaks, 18,634 bis 26,898 Kubikmeter Wasser, 13,350 bis 42,700 Kubikmeter Leuchtgas. Die Fabrik besitzt für ihren Bedarf ein chemisches Laboratorium, eine photographische und eine lithographische Werkstatt, eine Buchdruckerei mit 4 Dampf-Schnellpressen und 7 Handpressen und eine Buchbinderei. Der Plan der Fabrikanlage gleicht dem einer ansehnlichen Provinzialstadt. Die ganze Fabrik ist von der Krupp'schen Ringbahn umschlossen und von zahllosen Bahngeleisen durchzogen. Ein ganz besonders großartiges Gebäude ist die Halle für den Stahlguß. In derselben befinden sich 107 unterirdische Tigelstahlöfen für Koaksfeuerung, 20 unterirdische und 1 oberirdischer Ofen mit Regenerator-Feuerung. In jedem der erstgenannten Oefen stehen 12, in den anderen 18 und in den oberirdischen Oefen gegen neunzig Tiegel, so daß im Ganzen etwa 1730 Tiegel in diesem Ofen Platz finden, in denen etwa 80,000 Kg. Stahl mit einem Male niedergeschmolzen werden können. Die Fabrik hat bereits mehr als 24,000 Geschützrohre abgeliefert. Wir möchten noch hinzufügen, daß die Fabrik ihre eigenen Kohlenzechen bei Essen und Bochum, in Deutschland allein ca. 550 Eisensteingruben, mehrere Gruben bei Bilbao in Spanien, ferner 4 Hüttenwerke in Duisburg, Neuwied und Sayn mit 11 Hochöfen, sowie 4 Transportdampfschiffe besitzt. In den Gußstahlfabriken in Essen arbeiten etwa 11,500, in den Bergwerken, Hütten usw. etwa 8400 Arbeiter, die zusammen beinahe 50,000 Familienmitglieder haben. Etwa 20,000 Personen wohnen in Häusern, welche Krupp gehören; in einer „Kaserne" wohnen 1600 Arbeiter. Die Fabrik hat ihre eigene, aus 70 Mann bestehende Feuerwehr und 32 Feuermeldestellen.

Literarisches.

Im Verlage der Buchhandlung des „Vorwärts", Berlin SW., Beuthstr. 3, ist soeben erschienen: **Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich.** Mit erläuternden Anmerkungen und ausführlichem Sachregister. Preis gebunden 1 Mk. Das sogenannte Arbeiterschutz-Gesetz, das in der letzten Session des Reichstags zu so eingehenden Debatten Anlaß und unseren Abgeordneten Gelegenheit zu wirksamer Kritik der gegenwärtigen Arbeiterverhältnisse bot, figurirt im Reiche nicht, wie in anderen Staaten, als selbständiges Fabrikgesetz, sondern bildet nur einen Theil der deutschen Gewerbe-Ordnung (Titel VII). Bei dem regen Interesse, mit welchem die deutsche Arbeiterschaft diesen Verhandlungen folgte, und bei der tiefgreifenden Bedeutung, welche — so ärmlich auch die neugeschaffenen Schutzbestimmungen für die Arbeiter ausgefallen sind — diese ganze Materie für die Arbeiterklasse ausnahmsloses hat, erschien es angebracht, der deutschen Arbeiterwelt die ganze Gewerbe-Ordnung in neuer und einheitlicher Form zu billigem Preis zu bieten. Und da diese Ausgabe auf die Verbreitung unter den Arbeitern berechnet ist, so sind auch alle irgend in Betracht kommenden Bestimmungen durch besondere Anmerkungen von sachkundiger Seite des Näheren erläutert. Ein reichhaltiges und systematisch geordnetes Sachregister erleichtert das Nachschlagen und giebt für alle einzelnen Fälle die Möglichkeit, rasch die in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen und, was oft noch wichtiger ist, die gehandhabte Praxis kennen zu lernen. Wir können also die Anschaffung dieses hübsch ausgestatteten und in handlichem Taschenformat erschienenen, 254 Seiten starken Buches jedem Genossen empfehlen. In der Gewerbe-Ordnung werden bekanntlich folgende Verhältnisse geregelt: Stehender Gewerbebetrieb; Gewerbebetrieb im Umherziehen; Marktverkehr; Taxen; Innungen von Gewerbetreibenden; Gewerbliche Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Fabrikarbeiter); Gewerbliche Hilfskassen; Statutarische und Strafbestimmungen.

Spaziergänge eines Atheisten. Ein Pfadweiser zur Erkenntniß der Wahrheit. Polemisches und Akademisches von Ferdinand Heigl, königl. Rechtsanwalt. Verlag der Handelsdruckerei in Bamberg. 87 Seiten kl. 8°. 50 Pfg. Wir leugnen nicht, daß wir diese Schrift mit Mißtrauen in die Hand genommen haben, wir haben eine Antipathie gegen die Leute, welche nichts Anderes sind als Atheisten, nichts Anderes wissen, als daß ein Gott nicht existire. Nur allzu oft treffen wir bei solchen Leuten auf unangenehmes Halbwissen, leichtfertiges Aburtheilen. Uns sind diejenigen, welche auf irgend ein atheistisches Traktätchen schwören, das den ganzen Inhalt ihrer Bildung ausmacht, ebenso unsympathisch wie diejenigen, welche auf muckerische Traktätchen schwören. Ferdinand Heigl beweist aber in seinen Spaziergängen, daß er etwas gelernt hat, gegnerische Anschauungen zu würdigen versteht, daß er eine scharfe, aber nicht unangenehm verletzende Feder führt. Seine trefflich geschriebene Streitschrift beweist wieder einmal, daß philosophischer Materialismus mit tiefer Sittlichkeit und edler Gesinnung durchaus vereinbar ist. Unter den vielen Propagandaschriften für eine atheistische Weltanschauung erscheint uns die hier angezeigte als eine der besten und empfehlenswerthesten.

Repertoire der Dresdner Theater.

Hoftheater (Altstadt):

Donnerstag:
„Der Freischütz", romantische Oper in 3 Akten von Karl Maria v. Weber.

Freitag:
„Der Bureaukrat."

Residenztheater:

Donnerstag:
„Werbeoffiziere", Lustspiel in 1 Akt von M. Baumeister. — „Im Sonnenschein", Schwank in 3 Akten von W. Wolff.

Freitag:
„Falsche Heilige", Komödie in 4 Akten von Pinero.

Briefkasten.

M. H. Die männlichen Aale verlassen niemals das Meer. Alle in Süßwassern vorkommende Aale sind Weibchen unreifer Entwicklung; sie gehen zum Laichen ins Meer und zwar finden die Wanderungen vom Oktober bis Dezember in finsteren Nächten statt.

Sonnabend den 13. Juni, Abends 8 Uhr
Große öffentliche
Volksversammlung
im großen Saale des Trianon.
Tagesordnung:
Die Getreidezölle und die Reichsregierung.
Referent:
Herr Kaufmann H. Goldstein.
Debatte für Jedermann.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

Cotta, Löbtau, Plauen.
Große öffentliche
Volksversammlung
Sonnabend den 13. Juni, Abends 8 Uhr
im Saale des Brauerei-Restaurants Gambrinus,
Löbtauer Straße.
Tages-Ordnung:
Die Getreidezölle als Ursache der Brotvertheuerung.
Debatte für Jedermann.
Zahlreiches Erscheinen dringend nöthig. **Der Einberufer.**

Loschwitz.
Große öffentl. Versammlung
Sonnabend den 13. Juni, Abends 8½ Uhr
in der „Schweizerei" zu Loschwitz.
Tages-Ordnung:
1. **Die Getreidezölle und die deutsche Reichsregierung.**
2. **Die bevorstehende Landtagswahl.**
Referent: Herr Tischlermeister **Schulze** aus Cossebaude.
Nach jedem Punkt Debatte.
Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Einberufer.**

Oeffentliche
Versammlung
der Former und verwandten Berufsgenossen von Dresden und Umgegend
Sonntag den 14. Juni, Vormittags 11 Uhr
im Saale des Vereins für Volksbildung, Schössergasse 23. I.
Tages-Ordnung:
1. **Die Former Deutschlands** und der Metall- und Former-Kongreß in Frankfurt a. M.
Referent: Herr **Ernst Grenz** aus Chemnitz.
2. **Wahl** eines Vertrauensmannes.
Zutritt und Diskussion für Jedermann.
Alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter sind hierzu eingeladen.
Der Einberufer.

Möbel in großer **Auswahl** 1234 P. n. Schnitz, Schalk- u. Aeoville u. 5 M. a. Bettst. 2,50, Bett.-Sch. 1,70, M. u. N. s. u. bill. Volb. St. Rosenstr. 18, Neustadt. **H. Lorenz, Königsbrückerstr. 83b.**

Verein für Volksbildung
Schössergasse 23, I.
Sonnabend den 13. Juni
Mitgliederversammlung
Aufnahme neuer Mitglieder täglich.

Verein der Schmiede.
Sonnabend, 13. Juni, Ab. ½9 Uhr
Mitgliederversammlung
im Vereinslokal.
Recht zahlreiches Erscheinen wünscht Der Vorstand.
NB. Sonntag den 21. Juni: Exkursion in das städtische Wasserwerk. Abmarsch 1 Uhr vom Vereinslokal, ½2 Uhr vom Restaurant „Immergrün", Bautznerstr.

Verein der Porzellanmaler von Dresden u. Umgegend.
Sonnabend den 13. Juni, Abds. 8 Uhr
Versammlung
in Selk's Gasthaus, Kl. Brüderg. 17, I.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend nothwendig. Der Vorstand.

Verein der Schlosser und verw. Berufsgen. **von Dresden und Umgegend.**
Die Vereinsversammlung für Sonnabend den 13. Juni cr. fällt wegen der öffentlichen Volksversammlung an diesem Tage aus. Nächste Versammlung in 14 Tagen. Der Vorstand.

Allgemeiner Arbeiterverein f. d. Plauenschen Grund u. U.
Sonnabend, 13. Juni, Abends 8 Uhr
Vereins-Versammlung
in der „Rothen Schänke."
Tagesordnung: 1. Abrechnung für das 3. Quart. 2. Die Ursache der gegenwärtigen Krisis. Ref.: Herr **Höppner.** 3. Vereins-Angelegenheiten. Vor der Versammlung Aufnahme neuer Mitglieder. Der Vorstand.
Sonntag den 21. Juni:
2. Exkursion in das Kgl. Hoftheater in der Altstadt. Preise 25 Pf.

Nur 1 Monat
getragene
500 Pariser
Ueberzieher, Anzüge, Jackets Hosen, neue
Konfirmanden- und Knaben-Anzüge
werden zu den billigsten Preisen verkauft jetzt nur
Rosenstr. 31, I. Etg.
bei
H. J. Krawetz.
Um Irrthum zu vermeiden, achte man auf die Hausnummer **31** u. nur **I. Etage** zu ebener.

Tüchtige Putzmauerer werden sofort gesucht. **Pieschen,** Mohnstraße, Neubau.

Achtung! Klempner!
Die Herberge, Arbeitsnachweis und Gesellenausgabe befindet sich vom 15. Juni d. Js. an im Gasthaus „Stadt Nürnberg", Neugasse Nr. 27.
Der Vorstand
des Fachvereins der Blecharbeiter.

Kaffee,
roh Pfd. 120, 130, 140 und 150 Pfg.
gebrannt Pfd. 150, 160, 180 und 200 Pfg.
garantirt reinschmeckend,
empfiehlt
K. Klingenberger,
8 Freiberger Platz 8.

Konsumverein „Vorwärts".
ff. Matjes-Heringe, à Stück 10 Pf.
Sommer-Malta-Kartoffeln, à Pfund 16 Pf.
Pa. Kaiser-Auszug, à Pfund 23 Pf., 8 Pfund 1 M. 74 Pf.
Pa. Weizenmehl 00, à Pfund 21 Pf., 8 Pfund 1 M. 60 Pf.
feine Gränpchen, à Pfund 18 Pf.
Verkaufsstellen:
kl. Kirchgasse, Grenadierstr. 1, Zöllnerstr. 24, Käuferstr. 6, Plauen, Falkenstr. 23.

Große frische
Eier,
1 Schock 235 Pf.
1 Stück 4 „
empfiehlt
Gustav Seyler,
Schäferstraße 29,
Kolonialwaaren-Handlung.

Fleisch- u. Wurstwaaren-Geschäft
von **Julius Mögel**
36 Lortzingstraße 36
empfiehlt sich geneigter Beachtung und sichert aufmerksame Bedienung zu.
Mitglieder d. Konsumvereins „Vorwärts" erhalten bei Einkauf Dividendenmarken.

Deutsche Zimmerer-Kranken-Kasse
(Zentr. Verwaltungsstelle Dresden).
Sonntag den 14. Juni 1891
Partie nach Hosterwitz, Keppmühle u. d. Porsberg.
Abfahrt früh 7 Uhr per Dampfschiff.
Um zahlreiche Betheiligung ersucht **Die Zentr. Verwaltung.**

Goldnes Roß
Schäferstraße 28
Zentralwirthschaft für **Friedrichstadt.**
Empfehle allen Genossen meine der Neuzeit entsprechend eingerichteten
Lokalitäten
nebst **prachtvollem Garten** zur gefälligen Benutzung.
Von Sonnabend den 6. Juni ab jeden Sonnabend:
Frei-Konzert
wir vollbesetzten Kapelle.
Speisen und Getränke
preiswürdig und billig.
Hochachtungsvoll
Carl Dietrich.

Gasthof „Leutewitzer Höhe".
Sonntag den 14. Juni
Schweinsprämien-Vogelschiessen
wozu ergebenst einladet
W. Schmidt.

Für sparsame Hausfrauen!

Beste Schwaiger Kernseife	1 Pfd.	22 Pf.
Beste Harzer Kernseife	1 „	26 „
Beste Oranienb. Kernseife	1 „	30 „
Beste Stücken-Soda	1 „	5 „
Klare Soda	1 „	8 „
Weizen-Stärke	1 „	28 „
Unter Garantie gut kochende **Gemüse:**		
Grießförmiger Reis	1 Pfd.	16 Pf.
Gelbe Zwiebeln	1 „	18 „
Weiße Bohnen	1 „	14 „
Gelbe Erbsen	1 „	16 „
Große Linsen	1 „	16 „

Garantirt reinschmeckende
Kaffees,
roh 1 Pfd. 120, 130, 140, 150 Pf., gebrannt 1 Pfd. 150, 160, 180, 200 Pf., empfiehlt
Gustav Seyler,
Schäferstraße 29,
neben dem „Goldnen Roß".

A. Stelzer,
Löbtau.
Drogen- u. Farben-Handl.
Bitte genau auf meine Firma zu achten.
Ausgabestelle
der
Sächs. Arbeiter-Zeitung

Totaler Ausverkauf
von **Werkzeugen für Tischler, Zimmerleute, Maurer** 2c. zu **bedeutend ermäßigten** Preisen wegen Umänderung meines Wirthschaftsmagazins.
Aug. Max Kirmse,
Pillnitzerstraße 47.

Filz- und Seidenhüte
nur mit Arbeiterkontrolmarke
Alle Neuheiten der Saison auf Lager.
Reparaturen prompt und billigst.
Spezialitäten:
Lassallehüte, Freiheitshüte, Fraktionshüte,
Demokratenhüte
empfiehlt zu soliden Preisen
J. Böhmländer
Sirnstraße 14.

Bilder und Spiegel
empfiehlt
Franz Donath,
Hinter der Annenkirche 38.
Einrahmungen werden bestens ausgeführt.

Hierdurch bringe den geehrten Arbeiterschaft der Oppelvorstadt-Dresden, insbesondere den Genossen, mein
Nasir-, Frisir- u. Haarschneide-Geschäft
Fichtenstraße 7
in empfehlende Erinnerung.
Herm. Blumentritt.

Helzig,
Schneider für Herren
Palmstr. 23, pt. r.
empfiehlt sich zur Anfertigung gediegener **Herrengarderobe nach Maaß.** Für Garantie für tadellosen Sitz, von den billigsten bis zu den elegantesten. Großartige Muster-Kollektion.
Theilzahlungen gestattet.
NB. Besonders auch bei den billigen Sachen keine sogenannten marktschreierischen Kaufkollektionsstoffe.

Kinderwagen u. Fahrstühle
(in nur bester Ausführung)
Louisenstr. 63, im 2. Hofe.
(Auch einige gute gebrauchte.)
J. Hirschfelder.

Kinderwagen
neue und gebrauchte, sind erstaunlich billig nur **Ammonstr. 28,** nahe Kolonnstraße. **Gottlebe.**

Schöne Sophas 35 Mark,
Bettstellen, Matratzen, Stühle, empfiehlt billigst **Röthig,** Sternplatz 1, I.

Z.-C. Freitag den 12. Juni, Abends ½9 Uhr **nächste Sitzung.**

Verlag von August Haden; verantwortlicher Redakteur: Ernst Roeßler; Drucker: Schoenfeld & Harnisch sämmtlich in Dresden.